



Landespsychotherapeutenkammer
Baden-Württemberg

Stellungnahme
der Landespsychotherapeutenkammer
Baden-Württemberg
zum Gesundheitsfond

Stuttgart, 07. Mai 2008

Gesundheitsfond – so nicht!

Die Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg betrachtet die aktuellen Entwicklungen im Gesundheitswesen mit wachsender Sorge. Neben dem finanziellen Umbau mit all seinen Risiken für die Versorgung stoßen auch die strukturellen Änderungen bei uns auf erhebliche Skepsis.

Der durch den Fond und weitere Bestimmungen im Wettbewerbsstärkungsgesetz drohende Mittelabfluss aus Baden-Württemberg wird auch die psychotherapeutische Versorgung betreffen. Psychische Erkrankungen nehmen kontinuierlich zu oder verharren auf einem hohen Stand, wie aus allen einschlägigen Publikationen der letzten Jahre eindeutig zu entnehmen ist. Nach einer Studie von Wittchen (2005) „Psychische Störungen in Deutschland und der EU - Größenordnung und Belastung“ erleiden 27% der Bevölkerung im Laufe eines jeden Jahres mindestens einmal eine psychische Störung. Das Lebenszeitrisko, an einer psychischen Störung zu erkranken liegt nach der Studie allerdings mit über 50% der Bevölkerung wesentlich höher! Die EU-Kommission legte im Oktober 2005 ein Grünbuch vor mit dem Titel: „Die psychische Gesundheit der Bevölkerung verbessern – Entwicklung einer Strategie für die Förderung der psychischen Gesundheit in der Europäischen Union.“ Der Stellenwert psychischer Erkrankungen, deren Folgekosten und Behandlungsnotwendigkeit sind durch viele weitere Studien sehr gut dokumentiert. Die deshalb dringend nötige weitere Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung und die angemessene Honorierung psychotherapeutischer Leistungserbringer werden durch die Einführung des Gesundheitsfonds und des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs konterkariert. Es wird auch für die baden-württembergischen Psychotherapeuten zu erheblichen Mittelabflüssen mit den entsprechenden Folgen für die Versorgung kommen.

Die Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg fordert die Politik auf, sich für eine Verbesserung der Versorgung einzusetzen und deshalb mit allen Mitteln einen Mittelabfluss zu verhindern! Es ist nicht darstellbar, wieso die Menschen in Baden-Württemberg plötzlich mit erheblichen Einschränkungen in der medizinischen und psychotherapeutischen Versorgung zurecht kommen sollten. Wir brauchen einen weiteren zeitgemäßen Ausbau der Versorgung und nicht die Strangulierung einer zeitgemäßen Medizin! Dazu muss auch die Bezahlung der ambulant und stationär arbeitenden KollegInnen verbessert werden. Die Weichen werden aber durch die Gesundheitspolitik derzeit in die andere Richtung gestellt, hin zu Leistungsabbau und Kosteneinsparungen, der Effekte - wenn überhaupt - absehbar nur kurzfristig sein werden, mit erheblichen Spätfolgen, auch durch Nicht-Behandlung psychischer Erkrankungen. Dies stellt einen unverantwortlichen Feldversuch an der Bevölkerung dar!

Die Psychotherapie als unverzichtbarer Teil der flächendeckenden Grundversorgung unter Beibehaltung des Erstzugangsrechtes für die Patienten zur effektiven Behandlung psychischer Krankheiten muss bestehen bleiben!

Die Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK) konnte zwar noch erreichen, dass auch einige psychische Erkrankungen im Rahmen des Morbi-RSA berücksichtigt werden. Die Krankenkassen werden jedoch dennoch auch bei den Erkrankungen nach diesen nun berücksichtigten Diagnosen Ausgaben und Investitionen zu vermeiden suchen, um keine Zusatzbeiträge von ihren Versicherten einziehen zu müssen. Die Weiterentwicklung und Verbesserung eines adäquaten psychotherapeutischen Versorgungsangebotes kann so nicht erwartet werden, obwohl dieses dringend erforderlich wäre.

Die Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg unterstützt nachdrücklich die Bemühungen der Kampagne „Gesundheitsfond – so nicht!“ und deren Ziel, diesen bürokratischen Irrsinn mit all seinen unabsehbaren Folgen noch aufzuhalten

Martin Klett

Vizepräsident der Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg